



Aktualisiert: 20.10.15 - 17:43

Versöhnung auf leisen Pfoten

Dachau - Drei Bürgermeister besuchten das Tierheim. Sie wollen sich bei ihren Kollegen für die Belange des Tierschutzes einsetzen - und mit Vorurteilen aufräumen.

Das Tierheim hortet die Tiere, statt sie zu vermitteln, sagen die Gemeinden. Und zahlen nur eine geringe Fundtierpauschale. Die Gemeinden drücken sich vor ihrer Verantwortung, sagt Silvia Gruber, Leiterin des Tierheims. Und kämpft gegen dessen finanziellen Ruin. Nun sprechen beide Parteien miteinander.

Die finanzielle Lage des Dachauer Tierheims bereitet der Leiterin Silvia Gruber schon lange Sorgen. Viele Gemeinden aus dem Landkreis wollten die Fundtierpauschale nicht erhöhen. Sie warfen der Leiterin vor, nur wenige Tiere an neue Besitzer weiterzuvermitteln. Jetzt sind Bürgermeister aus dem Landkreis und der Tierschutzverein das erste Mal aufeinander zugegangen und suchten nach Lösungen.

„Wenn's um den Tierschutz geht, sitzen wir alle in einem Boot.“ Bürgermeister Richard Reischl überraschte mit dieser Aussage Silvia Gruber. In den vergangenen Jahren sei die Zusammenarbeit zwischen Politikern und dem Tierschutzverein eher schwierig verlaufen, sagte Gruber. „Heute haben wir den Grundstein für weitere Diskussionen gelegt. Es war wichtig, endlich einen offenen, ehrlichen Dialog zwischen Tierheim, Stadt und Gemeinden zu führen.“ Zu dem Treffen waren außer Reischl die Bürgermeister aus Petershausen und Karlsfeld, Marcel Fath und Stefan Kolbe, sowie Landtagsabgeordneter Herbert Woerlein (SPD) gekommen.

In der Vergangenheit zeigten sich die Gemeinderäte und viele Bürger oftmals kritisch gegenüber dem Tierheim und warfen ihm vor, nur wenige der aufgenommenen Tiere weiterzuvermitteln. Die aktuellen Zahlen der Wiedervermittlungsquote zeigen aber das Gegenteil: Die Mehrzahl der aufgenommenen Tiere aus dem Dachauer Tierheim finde einen neuen Besitzer, erklärte Woerlein, der sich bayernweit für die Tierheime einsetzt. Die Vermittlungsquote betrage sogar 93 Prozent - im Vergleich dazu finden in ganz Deutschland nur etwa die Hälfte der Tiere einen neuen Besitzer.

Mit diesen Zahlen dürfte der schlechte Ruf des Tierheims der Vergangenheit angehören - und womöglich auch die finanziellen Schwierigkeiten. Denn viele Gemeinden hatten immer die geringe Vermittlungsquote als Grund dafür angeführt, das Tierheim nur mit dem geringsten Pflichtenanteil zu unterstützen. Die Gemeinden im Landkreis sind als Fundbehörden grundsätzlich für die Unterbringung von ausgesetzten oder vermissten Tieren zuständig. Mit der Fundtierpauschale zwischen 50 Cent und 1,50 Euro kaufen sie sich von ihrer kommunalen Pflichtaufgabe frei.

Doch das genügt nicht: Noch im Sommer diesen Jahres stand der Tierschutzverein kurz vor der Insolvenz (wir berichteten) und rang auch in den Jahren zuvor oftmals mit seinen begrenzten finanziellen Mitteln. „Unser Ziel ist es nun, den Betrag von 1,50 Euro pro Einwohner und Jahr in allen Kommunen einheitlich einzuführen“, sagt Bürgermeister Richard Reischl. In seiner Gemeinde wurde die Fundtierpauschale für den Tierschutzverein erst kürzlich auf 1,50 Euro erhöht. Dafür werden sich nun Reischl, Kolbe und Fath in ihren Gemeinden einsetzen.

Darüber hinaus wollen die Bürgermeister auch Kontakte zu Landwirten nutzen, die Heu oder Stroh an das Tierheim spenden können. Außerdem ist Silvia Gruber derzeit schon mit den Stadtwerken Dachau im Gespräch, um die Kosten für Strom und Gas zukünftig zu reduzieren. Die Stadtwerke seien eventuell bereit, einen Preisnachlass zu geben.

Doch Gruber hat nicht nur mit den Gemeinden zu kämpfen, sondern auch mit der Gesellschaft und dem Zeitgeist: „Oft kommen Leute und wollen ihre alte, kranke Katze gegen eine junge, gesunde austauschen“, kritisiert Silvia Gruber. Alte, kranke Tiere zu vermitteln, sei sehr schwierig. Um die Politiker aus dem gesamten Landkreis auf ihre Probleme aufmerksam zu machen, ist Silvia Gruber bereit, in den Gemeinderäten über die Probleme des Vereins zu sprechen. Denn die konstruktive Zusammenarbeit mit der Politik soll weitergehen, so Gruber. Auch die Bürgermeisterdelegation will im Dialog mit Gruber bleiben.